

Japan im Blick der Stiftung

Mit seinem Besuch in der Robert Bosch Stiftung bekundete der japanische Botschafter Toshiyuki Takano sein Interesse an einer Zusammenarbeit zur Festigung der deutsch-japanischen Beziehungen. Die Stiftung will ihre Förderung systematisch ausbauen.

en. 2006 wurde in Berlin mit dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin eine erste gemeinsame Sommerschule durchgeführt; in diesem Jahr diskutierten in Tokio 16 deutsche und japanische Nachwuchsführungskräfte aus Politik, Medien, Gesellschaft und Wirtschaft mit Experten über die Folgen des demografischen Wandels.



Liebe und Müßiggang: Türkische Bibliothek

„Verbotene Lieben“ von Halid Ziya Uşaklıgil und „Der Müßiggänger“ von Yusuf Atılgan heißen die zwei neuen Bände der Türkischen Bibliothek. Die Reihe erscheint auf Initiative der Stiftung seit 2005 im Unionsverlag. www.bosch-stiftung.de/tuerkischebibliothek

Neues Magazin

Aktuell und ausführlich berichtet das neue Magazin der Robert Bosch Stiftung über geförderte Projekte und neue Programme. Von Reisereportagen über Porträts von Stipendiaten bis hin zu Veranstaltungsberichten – mit dieser Mischung bietet das Magazin einen breiten Einblick in die Stiftungstätigkeit. Zu lesen unter www.bosch-stiftung.de/magazin



Zwischen Stillstand und Hoffnung

Die Menschen auf dem Balkan sehnen sich nach Europa – Zweite Journalistenreise der Stiftung in diese Region

Berlin | Bre | Der Balkan mit seinen Problemregionen Bosnien und Herzegowina sowie dem Kosovo befindet sich in einem entscheidenden und kritischen Prozess. In diese Phase hinein organisierte die Robert Bosch Stiftung im Rahmen ihres Balkanengagements eine hochrangige Journalistenreise, die von Serbien über den Kosovo nach Bosnien und Herzegowina führte.

In allen Ländern war politischer Stillstand zu spüren, aber auch das Verlangen, eines Tages zur europäischen Familie zu gehören. Die weitere Entwicklung im Kosovo ist abhängig vom Ausgang der Statusentscheidung für das Land. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konnte keine Einigung erreicht werden. Nun sollen Vertreter Russlands, der Europäischen Union und der USA die Gespräche zwischen Kosovo-Albanern und Serben wieder in Gang bringen. Grundlage der Verhandlungen sind die Vorschläge des finnischen Diplomaten Martti Ahtisaari, die neben starken Minderheitsrechten eine eingeschränkte Souveränität des Kosovo vorsehen. Bis Ende Dezember soll eine gemeinsame, für alle Seiten akzeptable Entscheidung stehen.



Berichterstattung aus einer serbischen Enklave im Kosovo direkt ins Heimatland nach Deutschland

Foto: Modes

Statusfrage dominiert

Das bisherige „Nein“ Russlands im Welticherheitsrat gegen eine Festlegung des Status für den Kosovo hat das politische Selbstbewusstsein in Serbien über parteipolitische Grenzen hinweg gestärkt. In Gesprächen mit Spitzenpolitikern wie dem serbischen Ministerpräsidenten Vojislav Kostunica wurde deutlich, dass Belgrad nicht bereit ist, den Kosovo in die Unabhängigkeit zu entlassen. Trotz drängender sozialer Fragen sei selbst für die serbische Bevölkerung die Entscheidung über die territoriale Zugehörigkeit des Kosovo ein emotionales Topthema. Weitaus mehr Serben als noch vor einem Jahr seien heute davon überzeugt, dass es

Miroslav Lajčák



Botschafter Miroslav Lajčák ist neuer Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter in Sarajewo. Der slowakische Diplomat trat am 2. Juli 2007 dieses Amt an. Miroslav Lajčák war zuvor Politischer Direktor im slowakischen Außenministerium und bringt umfangreiche Kenntnisse der Region mit. Der frühere slowakische Botschafter in Belgrad war bereits 2006 zur Vorbereitung des Unabhängigkeitsreferendums in Montenegro tätig.

nicht zu einer Unabhängigkeit des Kosovo kommen werde.

Die albanische Führung im Kosovo hingegen fordere unbeirrt die Unabhängigkeit der Provinz. Gespräche mit Premierminister Agim Çeku und anderen Repräsentanten zeigten auch eine wachsende Unsicherheit und Frustration unter den Eliten, die die zunehmende Unzufriedenheit der albanischen Bevölkerung spürten. Besuche in serbischen Enklaven verdeutlichten, dass tiefes Misstrauen ein Zusammenleben der ethnischen Gruppen nahezu unmöglich macht. Vermittelt wurde den Journalisten, dass der Status quo nicht nur an der Unnachgiebigkeit der Politiker liege. Dies sei auch Resultat einer widersprüchlichen Politik der UN und

nicht zuletzt der EU, der es nicht gelingen würde, zu einer gemeinsamen Stimme zu finden. Dies gelte nicht minder für Bosnien und Herzegowina. Zehn Jahre nach dem Friedensvertrag von Dayton habe sich fast unbeachtet von der Weltöffentlichkeit eine politische Dauerblockade in Verhandlungen über eine Verfassungs- oder Polizeireform zementiert, die zu einer noch stärkeren Spaltung der Bevölkerung entlang ethnischer Linien führe. Die Positionen der Führungseliten aus Serben, Bosniaken und Kroaten seien derzeit unvereinbar.

Dennoch gibt es hoffnungsvolle Ansätze: Über ethnische und parteipolitische Grenzen hinweg versucht zum Beispiel Osman

Topčagić, Direktor des Direktorats für Europäische Integration, seine Aufgaben umzusetzen und das Land durch institutionelle Reformen an die Europäische Union heranzuführen.

Mit der Perspektive eines EU-Beitritts will Miroslav Lajčák, neuer Hoher Repräsentant der internationalen Staatengemeinschaft, pragmatisch für eine nachhaltige Entwicklung sorgen, denn wer der EU beitreten wolle, müsste die Bedingungen der Staatengemeinschaft erfüllen. Hier setzt auch das Engagement der Stiftung an. Im Sinne der Völkerverständigung fördert sie vor allem Projekte, die der Versöhnung untereinander und der Annäherung des Balkans an Europa dienen.

Forscherinnen auf der Überholspur

Neues Programm „Fast Track“ vermittelt Führungskompetenz und schafft Netzwerke

Stuttgart | Wg | Eine aktuelle Studie des Bundeswirtschaftsministeriums prognostiziert, dass im Jahr 2014 in Deutschland bis zu 95 000 Ingenieure und 135 000 Naturwissenschaftler fehlen werden. Der Fachkräftemangel trifft damit Branchen, die für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands am wichtigsten sind. Ausgebildet werden diese Fachkräfte von Hochschullehrern, und auch hier gehen die Zahlen an hervorragend geeigneten Kandidaten zurück.

Kompetenzen vorzeigen

Dennoch leistet sich Deutschland den Luxus, auf weibliches Talent in führenden Positionen der Forschung weitgehend zu verzichten. Mit nur acht Prozent Anteil an den höchstdotierten Professuren sind Frauen in diesen Positionen in Deutschland völlig unterrepräsentiert. Erklärungen dafür bieten zahlreiche Studien: Frauen werden in den Natur- und Ingenieurwissenschaften nicht wegen man-

gelnder Fähigkeiten zurückgehalten, sondern durch Vorurteile und überholte institutionelle Strukturen der akademischen Welt. Sie haben einen deutlich geringeren ausgeprägten Wettbewerbsinn als Männer und neigen stärker dazu, ihre Fähigkeiten zu unterschätzen. Ebenso vertrauen sie auf objektive Auswahlverfahren und spielen sich selbst zu wenig in den Vordergrund.

Die 261 Bewerberinnen aus dem In- und Ausland für das neue Programm „Fast Track“ der Robert Bosch Stiftung bestätigen einige Befunde dieser Studien. Im Alter von durchschnittlich dreißig Jahren haben sie längst promoviert, ihre Forschungsergebnisse in renommierten Fachzeitschriften wie Nature, Cell und Science publiziert, auf internationalen Kongressen Vorträge gehalten und einige leiten schon eine kleine Forschergruppe, manche unter ihnen sind bereits Mütter. Die meisten der eher bescheiden auftretenden jun-

gen Frauen, die die Stiftung in die engere Auswahl genommen hat, fühlen sich wissenschaftlich „reif“ für eine Führungsposition in der Forschung. Aber sie wissen, was sie neben ihren wissenschaftlichen Leistungen und ggf. Unterstützung bei der Kinderbetreuung dazu brauchen und was sie in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung nicht vermittelt bekommen: Führungskompetenz, strategische Karriere-

Individuelle Förderung

Zwanzig exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen der Lebenswissenschaften erhalten ab Herbst 2007 eine individuell zugeschnittene zweijährige Förderung sowie ein Stipendium in Höhe von 200 Euro pro Monat. Das Stipendium ist einsetzbar für persönliches Coaching, Sprachkurse, Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen oder Kinderbetreuung.

planung, Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten und gute Netzwerke.

Genau das verspricht ihnen „Fast Track“, mit dem 20 Teilnehmerinnen ab Herbst 2007 auf die Überholspur fahren sollen. Sie werden karriererelevante Sozial- und Führungskompetenzen erwerben, Netzwerke knüpfen und einflussreiche Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik kennenlernen. Darüber hinaus erhalten sie ein Stipendium für individuelle Maßnahmen zur Förderung ihrer eigenen Karriere oder zur Betreuung ihrer Kinder. Begleitet werden sie von einem hochrangig besetzten Beirat, dem Professor Jutta Limbach, Präsidentin des Goetheinstituts e. V., vorsitzt. „Mit Fast Track wollen wir jungen, motivierten Postdoktorandinnen Mut machen, sich auf ihre eigenen Stärken zu besinnen und eine Karriere in der Wissenschaft anzustreben“, so die promovierte Juristin.

Ist der Klimawandel eine Katastrophe?

Stuttgart | VfU | Bis in die letzte Ecke war die Kaminhalle bei der nunmehr zehnten Runde von „Schüler diskutieren im Robert Bosch Haus“ gefüllt; 90 Schüler aus zehn Gymnasien nutzten begeistert die Gelegenheit, um mit Nobelpreisträger Professor Klaus von Klitzing über die Auswirkungen des Klimawandels zu diskutieren.

Zukunft Sonnenenergie

Als Naturwissenschaftler, betonte von Klitzing, könne man keine exakten Vorhersagen über den Kli-



Nobelpreisträger Klaus von Klitzing steht Schülern Rede und Antwort.

Foto: Kern

mawandel machen. „Bei einer derartigen Vielfalt von Variablen, die auf unser Klima Einfluss nehmen, ist es unmöglich, alle diese Variablen und ihre Wechselwirkungen zu berücksichtigen“, sagte er.

Dramatisch warnte von Klitzing vor den katastrophalen Folgen der Erderwärmung für arme Länder mit hoher Bevölkerungsdichte. Ohne den Ausstoß von CO₂ einzudämmen, würden sich auch die westlichen Industrienationen über kurz oder lang mit diesen Folgen konfrontiert sehen, meinte der Wissenschaftler. Erfolg versprechend ist aus seiner Sicht der langfristige Ausbau der Sonnenenergie. So könne die 100-prozentig effektive Nutzung der Sonneneinstrahlung auf einer Fläche von 200 Quadratkilometern in der Sahara den Energiebedarf der gesamten Erdbevölkerung decken. „Ein beeindruckendes, leider technisch nicht realisierbares Szenario“, räumte er ein und forderte die Schüler auf, persönlich Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen.

Deutsche und US-Politiker im Dialog

Berlin | Bre | Dass die Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich sind und es einen kontinuierlichen Austauschs bedarf, um den Partner zu verstehen, wurde auch im Rahmen des diesjährigen Congress-Bundestag Forums deutlich, das im Juli in Berlin und in Heiligendamm stattfand. Seit vier Jahren führt das von der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem German Marshall Fund of the United States durchgeführte parteiübergreifende Programm Mitglieder des Bundestags und Mitglieder des amerikanischen Kongresses jeweils in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten zusammen. Die Begegnung soll den transatlantischen Dialog und damit die politische Zusammenarbeit beider Länder fördern. Gespräche mit Entscheidungsträgern sowie Experten aus Hochschulen und Thinktanks ermöglichen und zum Entstehen persönlicher Verbindungen zwischen den Abgeordneten beitragen.

Nach einer Einführung mit dem amerikanischen Botschafter William R. Timken hatten in diesem Jahr die deutschen und amerikanischen Abgeordneten in Berlin die Gelegenheit zu Gesprächen über außenpolitische und wirtschaftspolitische Themen im Bundeskanzleramt. Vor dem Hintergrund des G-8-Gipfels, dessen Ergebnisse Hildegard Müller, Staatsministerin im Bundeskanzleramt, zusammenfasste, erörterten die Teilnehmer in den von Experten moderierten Diskussionen die Themen Energie und Klimaschutz, die Vereinbarkeit von Maßnahmen zum Heimatschutz (Homeland Security) mit der Freiheit des Einzelnen, die Situation in Afghanistan und die Zukunft der NATO sowie das Thema Immigration und Integration.

Gesine Schwan, Koordinatorin für deutsch-polnische Zusammenarbeit, gab den Teilnehmern einen Einblick in die deutsch-polnischen Beziehungen.